

Antrag 67/I/2021**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****10 Jahre Anschlag von Utøya – Europäischen Rechtsextremismus aufklären!**

1 Die S&D-Fraktion möge beschließen:
2
3 Am 22. Juli 2011 fielen 77 Menschen einem rechtsterro-
4 ristischen Anschlag in der norwegischen Hauptstadt Os-
5 lo zum Opfer. Der Täter zündete zuerst eine Autobom-
6 be in Oslos Regierungsviertel und ermordete später 69
7 Menschen auf der Insel Utøya nordöstlich von Oslo auf
8 brutale Art und Weise. Seit 1950 befindet sich Utøya
9 in Besitz der Arbeidernes Ungomsfylking, kurz AUF, wel-
10 ches zu diesem Zeitpunkt eines ihrer jährlichen Jugend-
11 camps veranstaltete. Sowohl die AUF als auch ihre Mut-
12 terpartei, die Arbeiderpartiet, sind Mitglieder der Sozialis-
13 tischen Internationalen und der Progressiven Allianz und
14 somit Schwestern der Jusos und SPD. Das Massaker war
15 ein gezieltes Attentat auf den linken Nachwuchs Nor-
16 wegens, welcher nicht den nationalistischen und rassis-
17 tischen Vorstellungen des Täters entspricht. Seine Hand-
18 lungen zeigen das unglaubliche Gewaltpotential rechter
19 Terroristen. Er reiht sich damit in eine lange Liste natio-
20 nalistisch und verschwörungsideologisch motivierter An-
21 schläge ein. Der Angriff auf eine Synagoge in Halle in 2019
22 oder das Hanau-Attentat im Februar 2020 sind dabei die
23 letzten großen Anschläge in Deutschland. Oft findet man
24 einschlägige Verbindungen der Täter in große rechtsex-
25 tremen Vernetzungen in ganz Europa. So hatte auch der
26 Oslo-Attentäter Briefkontakt mit der einzigen Angeklag-
27 ten des Nationalsozialistischen Untergrunds in Deutsch-
28 land. Zwar ist Norwegen kein Mitglied der Europäischen
29 Union, solche Arten von Verbindungen und Solidaritäts-
30 bekundungen sind jedoch auch innerhalb der EU zu fin-
31 den. Die Aufdeckung dieser Vernetzungen wird durch
32 komplexe Strukturen und der starken Digitalen Vernet-
33 zung jedoch immer schwerer. Langwierige Investigativre-
34 cherchen von Journalisten*innen sind dabei zwar wichtig,
35 aber nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.
36
37 Mit der Ratspräsidentschaft 2020 hatten Deutschland
38 und Außenminister Heiko Maas (SPD) als Positionsinha-
39 ber angekündigt einen Fokus auf Rechtsextremismus zu
40 legen. Einer Anfrage im Bundestag zufolge, sei dies je-
41 doch schon an einer einheitlichen Definition des Begriffs
42 „Rechtsextremismus“ zwischen den europäischen Län-
43 dern gescheitert. Im Zuge der Ratspräsidentschaft wurde
44 versäumt für Aufklärung zu sorgen. Das ist peinlich und
45 traurig!
46
47 Deshalb fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder

48 des Europäischen Parlaments auf, sich für die Einrichtung
49 eines Sonderausschusses „Rechtsextremismus“ im Euro-
50 päischen Parlament einzusetzen. Ziel dabei ist es, eine
51 gemeinsame Strategie gegen die neue und alte Rechte
52 und ihre antisemitischen, rassistischen, queer- und frau-
53 enfeindlichen Ideologien zu finden.